

## **Eine turbulente Woche: Von Oprah Winfreys Rede bei den Golden Globes bis zu Donald Trumps verunglimpfenden Äußerungen**

*Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 8. bis 14. Januar 2018*

(lk) Zu Beginn dieser Woche kannten die U.S.-amerikanischen Zeitungen nur ein Thema: die inbrünstige Rede der Moderatorin Oprah Winfrey bei der Verleihung der Golden Globes. Am Sonntagabend erhielt die 63-Jährige den Preis für ihr Lebenswerk – und nutzte diese Gelegenheit in hervorragender Art und Weise. „Es bricht eine neue Zeit an“ waren ihre ersten Worte, die in eine vortreffliche Rede über Frauen- und Bürgerrechte mündeten. Sie machte deutlich darauf aufmerksam, dass die Gesellschaft in eine neue Zeit vordringe und man den ewig als „schwach“ abgestempelten Frauen zu wenig Beachtung schenke: „Zu lang wurden Frauen nicht angehört oder ihnen wurde nicht geglaubt, wenn sie den Mut hatten, gegen die Macht von Männern aufzubegehren. Aber diese Tage sind gezählt!“ Vor allem die Tatsache, dass sich so viele Frauen in jüngster Vergangenheit mithilfe der „#Me Too“-Bewegung aktiv gegen sexuelle Übergriffe gestellt hatten, begeisterte Winfrey. Kurz nach ihrer Rede schallte tosender Applaus durch den Saal, und in den sozialen Netzwerken feierten die Menschen die Unterstützerin des Wahlkampfes von Barack Obama im Jahre 2008 als „Königin“ und „Ikone“.

Die Zeitungen berichteten aber nicht nur über diese flammende Rede, sondern auch über die extreme Kälte von teils 40 Grad Celsius unter Null. Wie die *New York Times* in ihrem Bericht über die „Helden des Winters“ erläuterte, handelte es sich um einen sogenannten „Bombenzyklon“, der durch einen raschen Abfall des Luftdrucks zustande kommt. Die Kälte hatte sogar die Niagarafälle einfrieren lassen, dem Florida Panhandle eine weiße Pracht beschert, und zahlreiche Seen in wunderschöne, aber gefährliche Eisflächen verwandelt. In etlichen Städten an der Ostküste mussten Feuerwehr und Wasserrettung Menschen zu Hilfe eilen, die sich unvorsichtig auf das Eis gewagt hatten und eingebrochen waren. In Chicago erblickten die Bewohner seltsame Eisformationen, die sonst ausschließlich in der Arktis zu finden sind. Nicht nur für Menschen ist dieser immer noch andauernde „Winter-Hurricane“ ungewöhnlich, auch Tiere hatten und haben damit zu kämpfen. So

berichteten beispielsweise die *Naples Daily News* aus dem Bundesstaat Florida von Leguanen, die in Winterstarre übergegangen seien und zu Dutzenden von den Bäumen fielen, sowie auch von Schildkröten, denen das Gleiche wiederfahren sei.

Leider war dies aber nicht die einzige verheerende Wetterlage, die die USA in dieser Woche heimsuchte. In Montecito und Santa Barbara im Bundesstaat Kalifornien kam es zu erheblichen Regenfällen, die Überschwemmungen und Schlammlawinen auslösten. Die Behörden, die zuvor schon wegen einem der größten Buschfeuer der Region seit Jahren den Notstand ausgerufen hatten, verhängten diesen erneut. Die Autobahn 101, eine wichtige Nord-Süd-Route, musste wegen Trümmern und Schlamm gesperrt werden. In Montecito hatte sich die Zahl der Toten bis zum Sonntag (14. Januar) Berichten der *Los Angeles Times* zufolge auf 13 erhöht, bis zum Abend gab die *Washington Post* eine Schätzung „mindestens 20“ bekannt. Santa Barbaras Feuerwehrchef Pat McElroy vermutet, dass noch einige Menschen vermisst werden. Die Schlammmassen zerstörten große Teile von Gebäuden in beiden Städten, darunter auch das bekannte San Ysidro Ranch, ein Resort nahe Montecito, in welchem schon bekannte Persönlichkeiten wie Winston Churchill, Audrey Hepburn oder die Kennedys Gäste waren.

Doch dann war da wieder die Politik und damit Präsident Donald Trump. Seine Administration und das *Department of Homeland Security* gaben bekannt, dass 200.000 Salvadorianer die U.S.A. so bald wie möglich verlassen müssen. Die Bewohner des mittelamerikanischen Landes waren in die Vereinigten Staaten geflohen, nachdem eine Serie von schweren Erdbeben im Jahre 2001 vor allem in der Stadt Santa Tecla immense Schäden angerichtet und viele Opfer gefordert hatte. Seitdem genießen die Menschen in den USA den *Temporary Protected Status*, kurz T.P.S., also einen zeitlich begrenzten Schutzstatus. Das heißt, sie können beispielsweise legal in den U.S.A. arbeiten oder eine Krankenversicherung bekommen, und es spielt auch keine Rolle, ob sie etwa auf illegalem Wege ins Land kamen. Damit soll jetzt aber Schluss sein, denn laut Trump existierten die „Schäden des Erdbebens“ nicht mehr in El Salvador. Doch es sind viele andere Probleme, die in einem der gefährlichsten Länder der Erde den Alltag bestimmen, so zum Beispiel die Gangkriminalität. Daher herrscht unter den Salvadorianern reges Unverständnis: „Meine Kinder können ihr Potenzial nicht maximieren und sind Bedrohungen hinsichtlich der Sicherheit ausgesetzt“, klagte etwa Carlos Jiron, der mit Frau und zwei Kindern in Springfield, Virginia lebt. „Wir hatten Hoffnung, dass wir bleiben dürfen, wenn wir hart arbeiten, unsere Steuern zahlen und nicht in Schwierigkeiten geraten“, sagte auch Veronica Lagunas, eine 39-jährige

Reinigungskraft, beheimatet in Los Angeles. „Die Infrastruktur ist dort jetzt vielleicht besser, aber El Salvador ist einfach nicht in der Position, uns alle wieder zurückzunehmen“, erklärte sie weiter.

Wie man aber im Laufe der Woche sehen konnte, war das nur der Anfang, denn die Trump-Administration blieb ganz oben in den Schlagzeilen. Die *New York Times* berichtete, dass der Präsident in den vergangenen Tagen und Wochen veranlasst habe, sämtliche Informationen über den Klimawandel auf Webseiten der Regierung selbst und zugehörigen Organisationen zu löschen. In einem Bericht, der am Mittwoch veröffentlicht wurde, hieß es: „Wir stellten eine erhebliche Abnahme an öffentlichem Zugang zu Informationen über den Klimawandel fest.“ Die Fakten, die die Existenz und die Verursachung durch den Menschen verdeutlichen, würden heruntergespielt, verändert oder gar vorsätzlich entfernt. Die Autoren des Berichts glauben, dass besorgniserregende Informationen heruntergespielt und wissenschaftliche Erkenntnisse angezweifelt werden, was demokratische Ideale untergräbt. Dagegen beteuerten verschiedenste Organisationen, darunter die nationale Umweltschutzbehörde (*Environmental Protection Agency, EPA*), dass die Informationen beziehungsweise gelöschte Webseiten archiviert wurden und noch immer für die Öffentlichkeit zugänglich seien.

Darüber hinaus beschloss die Regierung am Dienstag, dass der Bundesstaat Florida von den Plänen für sogenanntes Offshore-Drilling, das Extrahieren von Öl vor der Küste der U.S.A., ausgenommen werden sollte. Governor Scott hat laut *New York Times* gute Verbindungen ins Weiße Haus, und dieser Einfluss zeige sich an dieser Entscheidung. Sofort wurden Forderungen aus anderen Bundesstaaten laut, ebenfalls in den Genuss von Ausnahmeregelungen zu kommen. Kaliforniens Generalstaatsanwalt Xavier Becerra etwa sagte, es könne nicht sein, dass Floridas Küsten als wertvoller und schöner angesehen werden, auch der Staat am Pazifik „leb[e] vom Tourismus“. Auch die Gouverneure von zahlreichen Staaten der Ostküste, darunter Henry McMaster (South Carolina) meldeten sich zu Wort. Doch Trump blieb bei seinen Plänen.

Gegen Ende der Woche sorgte dann eine andere Aussage des Präsidenten für einen Riesenwirbel, nicht nur in den U.S.A., sondern überall auf der Welt. Bei einem Treffen mit mehreren Senatoren und Anwälten verschiedener Bundesstaaten bezeichnete Donald Trump Haiti und mehrere afrikanische Nationen als „Drecksloch-Länder“ („shithole countries“). Haitianer genießen nach den schweren Naturkatastrophen im Land den T.P.S., und auch viele Afrikaner kamen über die Jahre als Immigranten in die Vereinigten Staaten. Die 54

Botschafter aus den Reihen der Afrikanischen Union reagierten laut *Daily News* allesamt bestürzt auf die Kommentare und bezeichneten sie als „rassistisch“. Viele der Immigranten, die *Daily News* interviewte, waren entsetzt über den Präsidenten, doch merkten sie an: „Ich glaube, die Aussagen Trumps sollten nicht nur isoliert und mit ihm identifiziert werden, aber das größere Problem ist die Tatsache, dass Trump ist wo er ist. [...] Da sind seine Unterstützer und seine Parteimitglieder, die nicht aus der Tür hinausrennen.“ Trump hatte angefragt, weswegen man hier denn Leute aus Haiti und Afrika brauche, und nicht aus Ländern wie etwa Norwegen. Doch wie die norwegische *Aftenposten* sowie ein ehemaliger Diplomat erklärten, wollen die Norweger gar nicht in die U.S.A. auswandern, unter anderem wegen der Regelungen zur Elternzeit und dem Gesundheitswesen.

Nachdem Trump ganz und gar die Meldungen bestimmt hatte, machte eine andere, aber nicht weniger beunruhigende Nachricht am Samstag Schlagzeilen. Der Bundesstaat Hawaii bekam um 8 Uhr Ortszeit über die App des lokalen Notfall- und Katastrophenmanagements eine Mitteilung, dass eine ballistische Rakete abgefeuert worden sei und nun auf die Inseln zusteuerte. Die gesamte Einwohnerschaft wurde in helle Aufregung versetzt und verschaffte sich über die Suchmaschine *Google* Zugang zu Videos, die zeigen, wie man einen Nuklearschlag überlebt. Laut *Washington Post* explodierte die Zahl der Suchanfragen von „fast nichtexistent bis hin zu fast zweimal so oft wie ‚Wie mache ich Pasta?‘“. Circa eine halbe Stunde später wurde allerdings bekannt, dass es sich um einen Fehlalarm gehandelt hatte, da ein Arbeiter einen „falschen Knopf“ betätigt habe. Gouverneur David Ige sagte, es sei „ein Fehler, der bei einem Schichtwechsel gemacht wurde“ gewesen. Gegenüber der *New York Post* gab das Nordamerikanische Luft- und Weltraum-Verteidigungskommando (NORAD) an, dass für die Bürger Hawaiis keine Gefahr bestand.

Quellen:

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.nypost.com](http://www.nypost.com)

[www.nydailynews.com](http://www.nydailynews.com)

[www.naplesnews.com](http://www.naplesnews.com)